



HANDELS-, INDUSTRIE-,
HANDWERKS- UND LAND-
WIRTSCHAFTSKAMMER BOZEN

PARTNER DER WIRTSCHAFT

Vorschläge für eine moderne öffentliche Verwaltung in Südtirol



Herausgeber

© 2019 Handels- Industrie- Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen

Südtiroler Straße 60, I-39100 Bozen

Verantwortlicher Direktor: Alfred Aberer

Zugelassen beim Landesgericht mit Dekret Nr. 3/99

Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur unter Angabe der Quelle
(Herausgeber und Titel) gestattet.

Redaktion

WIFO - Institut für Wirtschaftsforschung der Handelskammer Bozen

Zitierhinweis

Vorschläge für eine moderne öffentliche Verwaltung in Südtirol

Handelskammer Bozen (Hrsg.) (2019)

Informationen

WIFO - Institut für Wirtschaftsforschung der Handelskammer Bozen

Südtiroler Straße 60, 39100 Bozen

T +39 0471 945 708

wifo@handelskammer.bz.it

Vorschläge für eine moderne öffentliche Verwaltung in Südtirol

Die Beschäftigungssituation in Südtirol ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell sehr gut: Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Jahren gesunken und jene der Erwerbstätigen gestiegen. Rund ein Fünftel der Erwerbstätigen sind öffentlich Bedienstete, wobei 84 Prozent davon in den Lokalverwaltungen tätig sind.

Auch deshalb ist eine moderne, schlanke und bürgernahe Verwaltung Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Südtirols als Unternehmensstandort. Gleichzeitig muss ihre Tätigkeit nach dem Grundsatz der Effizienz abgewickelt werden, um zeitgemäß zu handeln sowie das Verhältnis zwischen dem Aufwand an Ressourcen und den erzielten Ergebnissen optimieren zu können.

Die Handelskammer Bozen will mit den vorliegenden Vorschlägen einen konstruktiven Beitrag leisten, um die öffentliche Verwaltung in Südtirol künftig noch effizienter zu gestalten. Dazu wurden die Vorschläge aus der Reformagenda 2013 überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.

Bozen, im Juli 2019



On. Dr. Michl Ebner

Präsident der
Handelskammer Bozen

Inhaltsverzeichnis:

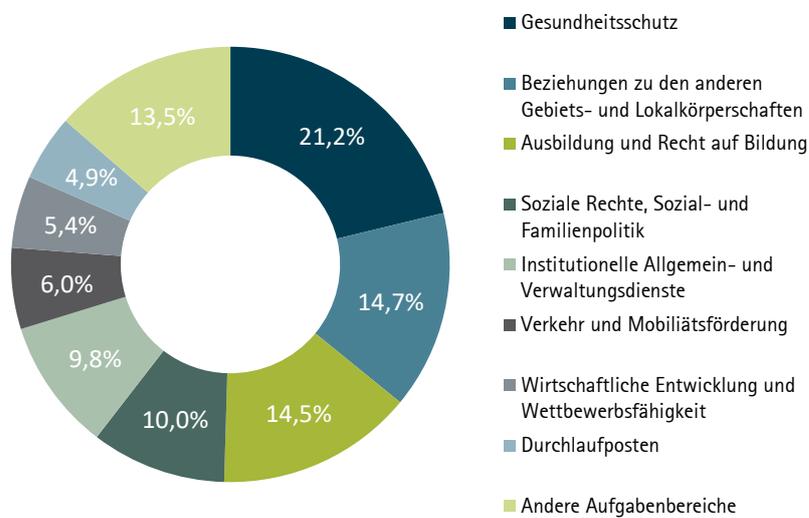
Seite

5	Der Südtiroler Landeshaushalt
8	Wesentliche Punkte
9	Gesundheitsschutz
11	Beziehungen zu den anderen Gebiets- und Lokalkörperschaften
12	Ausbildung und Recht auf Bildung
14	Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik
15	Institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste
17	Wirtschaft: Wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Tourismus, Landwirtschaft, Ernährungswesen und Fischerei
18	Verkehr und Mobilitätsführung

Der Südtiroler Landeshaushalt

Die Südtiroler Landesregierung hatte für das Jahr 2018 einen Landeshaushalt von 6,26 Milliarden Euro genehmigt. Die Gelder wurden auf 20 Aufgabenbereiche aufgeteilt, wobei der Gesundheitsschutz mit Ausgaben von 1,3 Milliarden Euro eindeutig den größten Posten des Haushaltes darstellt. Für den Bildungsbereich und die Beziehungen zu den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften wurden jeweils fast eine Milliarde Euro vorgesehen. Auch die Bereiche Institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste sowie die Sozial- und Familienpolitik nahmen mit Ausgaben von über 600 Million Euro eine wesentliche finanzielle Rolle ein.

Zusammensetzung des Landeshaushaltes 2018



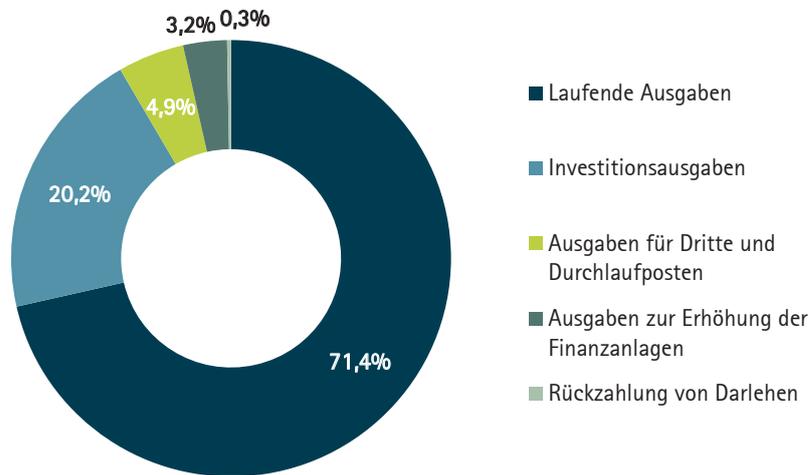
Quelle: Landesregierung (Beschluss Nr. 1456/2017; Dekret Nr. 15277/2018)

© 2019 WIFO

Unter „Andere Aufgabenbereiche“ wurden folgende zwölf Posten zusammengefasst: Arbeits- und Berufsausbildungspolitik; Fonds und Rückstellungen; Raumordnung und Wohnungsbau; Landwirtschaft, Ernährungswesen und Fischerei; Nachhaltige Entwicklung mit Gebiets- und Umweltschutz; Schutz und Aufwertung kultureller Güter und Tätigkeiten; Maßnahmen für die Jugend, Sport und Freizeit; Tourismus; Energie und Diversifikation der Energiequellen; Freiwilliger Rettungsdienst; Staatsverschuldung sowie internationale Beziehungen.

Die Landesregierung unterscheidet im Landeshaushalt fünf Arten von Ausgaben. Dabei fällt auf, dass die laufenden Ausgaben im Gesamtwert von 4,5 Milliarden Euro den Löwenanteil des Haushaltes ausmachen. Ein großer Teil davon sind Personalkosten. Die Investitionen beliefen sich auf insgesamt 1,3 Milliarden Euro und somit ein Fünftel der Gesamtausgaben.

Zusammensetzung des Landeshaushaltes 2018 nach Art der Ausgaben



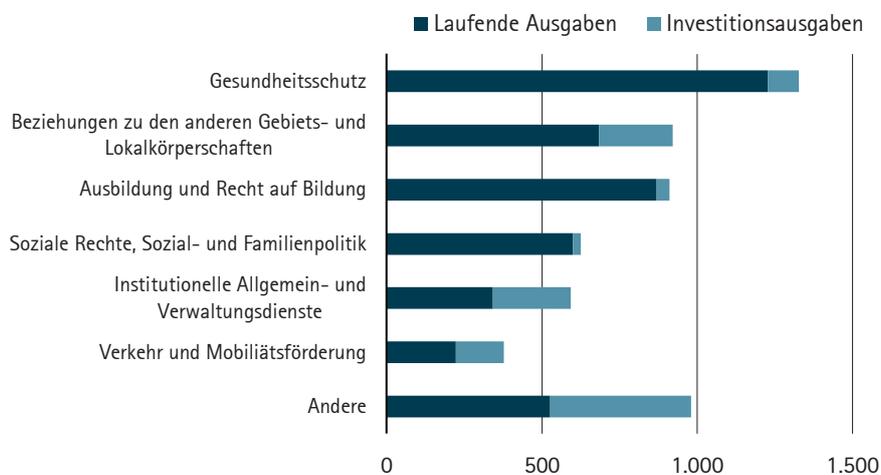
Quelle: Landesregierung (Beschluss Nr. 1456/2017; Dekret Nr. 15277/2018)

© 2019 WIFO

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die sechs größten Aufgabenbereiche des Landes heben sich die Bereiche Verkehr und Mobilitätsförderung sowie die Allgemein- und Verwaltungsdienste hervor: Mit jeweils 41 Prozent haben sie den größten Investitionsanteil. Bei den anderen Aufgabenbereichen überwiegen die laufenden Ausgaben unverkennbar. So wurden beispielsweise in den Gesundheitsschutz 100 Millionen Euro investiert, was einem Investitionsanteil von 7,5 Prozent entspricht.

Die größten Bereiche des Landeshaushaltes 2018 nach Art der Ausgaben

Ausgaben in Mio. Euro



Quelle: Landesregierung (Beschluss Nr. 1456/2017; Dekret Nr. 15277/2018)

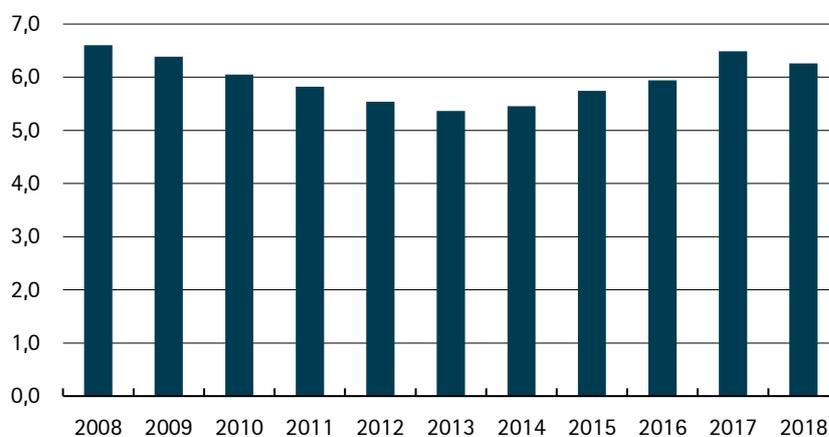
© 2019 WIFO

Die untenstehende Grafik zeigt geringe Schwankungen der genehmigten Landeshaushaltshöhe in den letzten zehn Jahren, wobei alle Werte inflationsbereinigt zu Preisen von 2018 angegeben wurden, um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Ab 2008 verringerte sich die Höhe des Landeshaushaltes kontinuierlich bis 2013 der Tiefpunkt von 5,4 Milliarden Euro erreicht wurde. Seitdem sind die Ausgaben des Landeshaushaltes wieder gestiegen und inzwischen wurde wieder ein ähnlich hoher Wert erreicht wie vor zehn Jahren.

Entwicklung des Landeshaushaltes 2008 bis 2018

Werte in Milliarden Euro, zu Preisen von 2018 (FOI ohne Tabakwaren)

Mrd. Euro



Die Werte ergeben sich aus den Haushaltsvoranschlägen und den Nachtragshaushalten.

Quelle: LexBrowser

© 2019 WIFO

Wesentliche Punkte

- Die geltenden Landesgesetze und Verordnungen müssen von unnötigem Ballast befreit werden und neue Bestimmungen sind auf deren Auswirkungen zu prüfen.
- Digitalisierung der Prozesse in der öffentlichen Verwaltung forcieren und die Datenbanken so weit wie möglich öffnen
- Verschlinkung der öffentlichen Verwaltungen angehen, indem Synergien genutzt und verwaltungsübergreifendes Handeln angestrebt werden
- Vermehrt auf Dienste von privaten Anbietern zurückgreifen, sei es auf Gemeindeebene, in der Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik oder dem Wirtschaftsbereich.
- Zuständigkeiten und Aufgaben der verschiedenen Verwaltungsebenen (Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Land) neu regeln
- Die Peripherie durch Dienste, die peripher angeboten werden, stützen
- Steuererleichterungen an Stelle von Beiträgen einführen
- Eine private Gesundheitsversorgung in Absprache mit der öffentlichen Gesundheitsversorgung einführen
- Es braucht ein langfristiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept für Südtirol, das auf die internationalen, regionalen und lokalen/urbanen Bedürfnisse ausgerichtet ist und sowohl den Transport von Personen als auch Waren berücksichtigt.

Gesundheitsschutz

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Gesundheitsschutz	21,20%	1.327.499.910 €	7,50%

Das Südtiroler Gesundheitswesen hat ein hohes Qualitätsniveau erreicht, was sich in den vergleichsweise hohen Kosten niederschlägt. Daher ist es notwendig, dass alle Effizienzpotenziale ausgeschöpft werden. Der Aufgabenbereich Gesundheitsschutz nimmt im Landeshaushalt seit Jahren den größten Posten ein: Rund 1,3 Milliarden Euro an Ausgaben wurden 2018 getätigt, wobei sich über 90 Prozent auf laufende Ausgaben, inklusive Personalkosten, belaufen. Im Vergleich zu 2008 sind die Kosten für das öffentliche Gesundheitswesen um -4,3 Prozent gesunken.

Vorschläge:

- Die Kompetenzaufteilung zwischen Abteilung Gesundheit und Sanitätsbetrieb ist neu zu regeln.
- Südtirol hat sieben Krankenhäuser, 20 Gesundheitssprengel sowie 14 Sprengelstützpunkte. Es ist zu klären, ob tatsächlich eine so umfangreiche Ausstattung mit Gesundheitseinrichtungen notwendig ist. Ziel muss dabei sein, höchste Qualität zu sichern, durch Schaffung von Kompetenzzentren, sowohl beim Personal als auch bei der Ausstattung.
- Umsetzung der geplanten Neustrukturierung des Sanitätsbetriebes sowie Zusammenführung von medizinischen Bereichen, welche eine Rationalisierung des Leistungsangebots ermöglicht, ohne die Qualität der Leistungen zu schmälern.
- Auflösung der vier Gesundheitsbezirke und Zusammenführung der Verwaltung des Sanitätsbetriebes.
- Einheitliche Softwarelösungen zur besseren Kommunikation und Planung zwischen den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen. Durch die Einführung von digitalen Instrumenten wie einer ERP-Software kann die Kostentransparenz erhöht und der Verwaltungsapparat des Sanitätsbetriebes verschlankt werden. Zudem kann die Digitalisierung auch für den Kunden, beispielsweise für Krankenakten, besser genutzt werden.
- Weitere Reduzierung der Krankenhausbetten und Ausbau der Day-Hospital-Einrichtungen. Umstrukturierung der Ersten Hilfe, damit sie ihrer primären Aufgabe als Notaufnahme gerecht werden kann.
- Neuregelung des Basisarztdienstes (als 24-Stunden-Dienst) und bessere Abstimmung mit der Ersten Hilfe, um diese zu entlasten.
- Eine Überprüfung und Neudefinition der vielen Berufsbilder kann die Organisation im Gesundheitswesen erleichtern und gleichzeitig zu deutlichen Einsparungen beitragen.
- Evaluierung der Einrichtung für Alternativmedizin (soll dem privaten Markt überlassen werden).

- Entwicklung der privaten Gesundheitsversorgung in Absprache mit der öffentlichen Gesundheitsversorgung, auch in kooperativer Form, um das Dienstleistungsangebot für die Nutzer zu erweitern und die derzeitigen Unannehmlichkeiten und Ineffizienzen des öffentlichen Systems zu verringern.
- Vorsorge statt Nachsorge: Herz-Kreislaufkrankungen und psychische Erkrankungen nehmen in unserer modernen Gesellschaft ständig zu. Gerade gegen diese Zivilisationsleiden sind Maßnahmen der Prävention und der Gesundheitsförderung am effektivsten und gleichzeitig am kostengünstigsten. Deshalb soll der Breitensport als langfristig wirksamste Vorsorgemaßnahme verstärkt gefördert werden.

Beziehungen zu den anderen Gebiets- und Lokalkörperschaften

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Beziehungen zu den anderen Gebiets- und Lokalkörperschaften	14,70%	920.993.454 €	25,70%

Die Transferzahlungen des Landes an die Südtiroler Gemeinden und Bezirksgemeinschaften beliefen sich auf fast eine Milliarde Euro, wobei mit fast 240 Millionen Euro verschiedene Investitionen unterstützt wurden.

Vorschläge:

- Eine grundlegende Neuregelung der Zuständigkeiten und Aufgaben der verschiedenen Verwaltungsebenen (Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Land) ist erforderlich, um die Effizienz zu erhöhen.
- Die Zusammenlegung von Diensten über Gemeindegrenzen hinweg muss forciert werden. Ämter mit geringem Publikumsverkehr können für mehrere Gemeinden den Dienst anbieten. (Beispiel: nur einen Gemeindegemeinsam.) Sogenannte Verwaltungseinheiten, wie sie in Bayern bereits vor 20 Jahren eingeführt wurden, könnten auch für Südtirol ein erfolgversprechendes Modell sein. Langfristig ist auch eine Zusammenlegung von Kleingemeinden denkbar.
- Die Personalintensität der Südtiroler Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Die Nutzung von Synergien, das Zusammenlegen von Diensten sowie smarten Technologien soll realisiert werden, um auch eine Reduzierung des Personals zu ermöglichen.
- Viele Dienste der Gemeinden können von privaten Anbietern effizienter bereitgestellt werden, dadurch kann der Personalaufwand der Gemeinden verringert werden. Außerdem können jene Dienste, die die Gemeinden nur gelegentlich in Anspruch nehmen, von privaten Unternehmen günstiger angeboten werden.
- Große Infrastrukturen wie Hallenbäder, Vereinshäuser, Altersheime, usw. müssen gemeindeübergreifend geplant und geführt werden. Außerdem braucht es für alle Projekte im Vorfeld sauber ausgearbeitete Kosten-Nutzen-Analysen.
- Es gilt Überlegungen anzustellen, anstelle von Transferzahlungen, den Gemeinden einen größeren Teil des von ihnen eingenommenen Steueraufkommens zu überlassen, mit dem Ziel der Wettbewerbsförderung und Effizienzsteigerung.
- Ein wichtiges Ziel ist der Erhalt der Dienste für die Bürger im ländlichen Raum. Indem öffentliche Dienste möglichst dezentralisiert werden, können auf dem Land leerstehende Gebäude wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt und Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten werden.
- Einheitliche Anwendung des Vergaberechts von allen öffentlichen Diensten, mit dem Ziel die lokalen Kreisläufe zu stärken. Außerdem ist eine weitere Standardisierung in der Abwicklung der Vergaben sinnvoll, beispielsweise durch die Ausarbeitung von einheitlichen Vordrucken und Workflows.

Ausbildung und Recht auf Bildung

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Ausbildung und Recht auf Bildung	14,50%	910.273.017 €	4,50%

Die gesamte Gesellschaft profitiert von einem hohen Bildungsniveau der Bevölkerung. Bildung ist ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor und eine Investition in die Zukunft Südtirols. Der Anteil von 14,5 Prozent am Landeshaushalt sowie der Ausgabenzuwachs von 22,7 Prozent seit 2008 bestätigen die Wichtigkeit eines hochwertigen Bildungswesens.

Vorschläge:

- Die Investitionen in das Bildungssystem müssen zu einer messbaren Steigerung der Qualität der Bildung führen, damit sich daraus ein Wettbewerbsvorteil für die Jugendlichen ergibt.
- Mit einer Zusammenlegung der Verwaltungsbereiche der drei Schulämter und der Verwaltungen für die verschiedenen Berufsbildungssysteme können sowohl der Personalbedarf reduziert werden, als auch die Verwaltungskosten verringert werden, ohne die vom Autonomiestatut garantierte Eigenständigkeit der Schulämter zu gefährden.
- Die Ausstattung der Schulen mit Lehrmaterialien und die Ausrüstung der Schulen insgesamt haben einen Standard erreicht, der seinesgleichen sucht. Hier besteht Sparpotential ohne die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen zu verringern.
- Südtirol hat im internationalen Vergleich geringe Klassengrößen, weshalb die Anzahl der Schüler/innen pro Klasse erhöht werden könnte.
- Reform des Schulstundenplanes, indem die Schulstundendauer auf 60 Minuten erhöht und die Wechselhäufigkeit der Unterrichtsfächer verringert wird, um den vorherrschenden Lehrkräftemangel in allen Schulstufen zu begegnen.
- Ein wesentlicher Rationalisierungsbereich ist das nicht unterrichtende Personal, das in Südtirol immerhin ca. 3.500 Personen (Quelle: ASTAT) ausmacht. Hier besteht Spielraum für Einsparungen, ohne den Lehrbetrieb zu behindern. Ähnlich wie bei den Zwergschulen ist auch für Gymnasien, Fachober- und Berufsschulen die Einführung einer Untergrenze der Mindestschüleranzahl sinnvoll, um Personal- und Verwaltungskosten einsparen zu können.
- Straffung des Schulangebotes im sekundären Bereich, um zu vermeiden, dass identische Fachrichtungen an mehreren Schulen angeboten werden. Gleichzeitig soll auch eine Reduktion der Schuldirektionen und der Verwaltungen angestrebt werden.
- Durch eine Vereinfachung der Verwaltungsautonomie der einzelnen Schulen können Synergien genutzt und Kosten verringert werden. Außerdem ist eine schulübergreifende einheitliche Softwarelösung beim sogenannten digitalen Register, durch das Schulinformationen zu Noten, Stundenplänen usw. kommuniziert werden, sinnvoll.
- In Zukunft ist eine stärkere Schwerpunktsetzung bei den Schulstandorten, mit entsprechender Berücksichtigung der peripheren Standorte, notwendig.

- Neben einer breiten Vermittlung der grundlegenden technischen Fertigkeiten in allen Bildungseinrichtungen benötigt es auch einen Ausbau der MINT-Fachrichtungen, um die Herausforderungen der Zukunft besser meistern zu können.
- Die Ausstattung und IT-Ausbildung in den Schulen ist anzupassen, um insgesamt ein höheres Digitalisierungsniveau im Bildungsbereich zu erreichen.
- Der Gebrauch der zweiten und dritten Sprache soll nicht nur in der Schule, sondern auch bei außerschulischen Aktivitäten gefördert werden, damit die Mehrsprachigkeit an kultureller Bedeutung gewinnt und als wichtiger wirtschaftlicher Vorteil gesehen wird.
- Die duale Ausbildung verbindet den praktischen Beruf und die schulische Ausbildung. Das 9. Pflichtschuljahr wird von vielen Schülern als sog. Übergangsjahr besucht, ohne konkrete Lerninhalte zu erfahren, die der weiteren beruflichen Ausbildung dienen. Durch eine Reform des 9. Pflichtschuljahres kann ein Vorteil für die Schüler, die eine duale Ausbildung anstreben, geschaffen werden.
- Auch für den italienischen Ausbildungsweg ist die Einführung der Berufsmatura sinnvoll. Diese soll der deutschsprachigen Berufsmatura gleichgestellt sein.

Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik	10,00%	624.450.357 €	3,90%

Dieser Aufgabenbereich zielt unter anderem auf ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft, eine Milderung von erschwerten und sozial bedingten Lebenssituationen sowie die Gewährleistung der Pflegesicherung. Mit einer Erhöhung der Ausgaben um rund 80 Prozent seit 2008 zeigt sich deutlich, dass hier ein verstärkter Fokus gesetzt wurde. Besonders die Ausgaben im Pflegebereich haben sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. Mit einem Anteil von 4 Prozent liegen die Investitionsausgaben unter dem Durchschnittsniveau.

Vorschläge:

- Mit der Einführung des EEVE (Einheitliche Einkommens- und Vermögenserhebung) wurde im Bereich des Sozialwesens bereits eine effizienzsteigernde Maßnahme umgesetzt. Dieser Weg ist konsequent weiterzuerfolgen.
- Die Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in Südtirol zeigt, dass es in wenigen Jahren zu einem starken Anstieg bei den über 65-jährigen kommen wird. Das derzeitige System der Pflegesicherung wird bei gleichbleibenden gesetzlichen Rahmenbedingungen in Zukunft nicht finanzierbar sein. Deshalb ist bereits jetzt zu analysieren, in welcher Form und mit welcher Finanzierung der Pflegebedarf in Zukunft sichergestellt werden kann.
- Der Leistungskatalog im Sozialwesen ist sehr umfangreich. Er reicht vom sozialen Mindesteinkommen, über das Wohngeld, bis zum Familiengeld von Land und Region. In diesem Bereich sind eine Reorganisation der Zuständigkeiten, sowie eine Überprüfung des gesamten Leistungskataloges angezeigt. Die von der Arbeitsgruppe der Sozialpartner zur „Mindestsicherung“ ausgearbeiteten Reformvorschläge bilden dazu eine ausgezeichnete Grundlage.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter ausgebaut werden, damit die Angehörigen einer der jeweiligen Qualifikation angemessenen Arbeit nachgehen und diese mit den familiären Vorstellungen vereinen können. Die Investitionen in qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen sind zu erhöhen.
- Ein regelmäßiger Austausch aller Sozialpartner soll aktiv gefördert werden. Das Ziel ist dabei, einen offenen Dialog zu gesellschaftspolitischen Themen zu führen und Akzente für die künftige Entwicklung Südtirols zu setzen. Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Politik und Sozialpartnern soll weiter ausgebaut und intensiviert werden.
- Auch im Bereich der Sozial- und Familienpolitik kann die Übernahme von Leistungen durch private Anbieter – in Absprache mit dem öffentlichen System und auch in kooperativer Form – beitragen, das Angebot für die Nutzer zu erweitern und bestehende Unannehmlichkeiten und Ineffizienzen zu reduzieren.

Institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Institutionelle Allgemein- und Verwaltungsdienste	9,80%	611.767.593 €	41,00%

Mit rund 600 Millionen Euro an Ausgaben nehmen die allgemeinen Verwaltungsdienste einen großen Anteil des Landeshaushaltes ein.

Vorschläge:

- Reform der Personalordnung des Landes und seiner Körperschaften mit dem Ziel mehr Management und weniger Verwaltung.
- Angleichung der öffentlichen Kollektivverträge an die privaten Kollektivverträge (Arbeitszeit, Wartestand, Karenzregelung usw.). Eine zusätzliche Angleichung der Kollektivverträge zwischen den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen kann die Mobilität des Personals zwischen den Einrichtungen verbessern.
- Einführung des Rotationsprinzips für die Mitarbeiter und Führungskräfte der Landesverwaltung.
- Einführung einer stärker leistungsbezogenen Entlohnung.
- Größere Beschränkung des „turnover“ (z. B. nur jede fünfte freiwerdende öffentliche Stelle neu besetzen). Auch hier kann ein verstärkter Einsatz der Digitalisierung und eine Redimensionierung der Verwaltung hilfreich sein.
- Überprüfung aller angebotenen Dienste in Hinblick auf ihre Notwendigkeit und Reduzierung jener Dienste, die nicht unbedingt erforderlich scheinen.
- Zusammenlegung und Vereinheitlichung der verschiedenen Verwaltungsverfahren und Prozeduren.
- Einführung eines physischen und digitalen Einheitsschalters für alle öffentlichen Dienste an Privatpersonen, um die angebotenen Dienste schneller und einfacher abwickeln zu können.
- Die Ausschreibung der Gebäudeverwaltung für die Immobilien der Landesverwaltung kann zu großen Einsparungen beitragen.
- Alle öffentlichen Ausgaben müssen auf den Prüfstand; dabei darf es keine Tabus geben. Bei Investitionsprojekten müssen die Folgekosten berücksichtigt werden, nur so ist ein korrekter Kosten-Nutzenvergleich möglich.
- Die geltenden Landesgesetze und Verordnungen müssen von unnötigem Ballast befreit werden und neue Bestimmungen sind auf deren Auswirkungen zu prüfen. Die im europäischen „Small Business Act“ enthaltenen Grundsätze sollen zudem voll verwirklicht werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zunimmt.

- Das Subsidiaritätsprinzip soll im Allgemeinen stärker umgesetzt werden.
- Auch bei der Verwirklichung von Infrastrukturen ist die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor auszubauen. Gerade in Zeiten immer knapper werdender Mittel sollte vermehrt auf Modelle wie „project finance“ oder „öffentlich-private Partnerschaft“ (PPP) gesetzt werden.
- Förderungen, die unter dem Betrag von 500 Euro liegen, sollen nicht mehr angeboten werden, da für diese der Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig hoch ist.
- Die Anwendung des Vergaberechts ist unter Berücksichtigung der lokalen Kreisläufe weiter zu standardisieren. Betroffen sind dabei Leistungen, die unterhalb der EU-Schwelle liegen.
- Indem Konzessionen und Genehmigungen für längere Zeiträume vergeben werden, kann der Verwaltungsaufwand reduziert werden.
- Die Gewährung von Beiträgen kann grundsätzlich durch Steuererleichterungen ersetzt werden.
- Digitalisierung der Verwaltungsverfahren unter Einbindung aller öffentlichen Körperschaften in Südtirol – unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips.
- Die Abteilung Informatik des Landes, das Rechencenter des Gemeindeverbandes und die SIAG müssen besser vernetzt werden. Im Bereich der Informatik sollen vermehrt Ausschreibungen durchgeführt und die Datenbanken der öffentlichen Einrichtungen möglichst offen (auch durch Nutzung von neuen Technologien wie Block Chain) geführt werden.

**Wirtschaft: Wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit; Tourismus;
Landwirtschaft, Ernährungswesen und Fischerei**

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit	5,40%	335.085.865 €	31,70%
Landwirtschaft, Ernährungswesen und Fischerei	1,70%	105.354.898 €	63,30%
Tourismus	0,60%	36.002.615 €	20,60%
GESAMT	7,60%	476.443.378 €	39,20%

Der Landeshaushalt sieht insgesamt fast eine halbe Milliarde Euro für die verschiedenen wirtschaftsbezogenen Bereiche vor, wobei am meisten Geld in die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit fließt. In diesen Aufgabenbereich fallen unter anderem die Industrie, das Handwerk, der Handel sowie Forschungs- und Innovationstätigkeiten. Die Wirtschaftsausgaben sind im Vergleich zu 2008 um knapp 10 Prozent gestiegen. Der Investitionsanteil ist dabei doppelt so hoch als im Haushaltsdurchschnitt.

Vorschläge:

- Zusammenlegung der Abteilungen „Handwerk, Handel und Industrie“ und Tourismus, sowie der Abteilung Innovation.
- Bei öffentlichen Bauarbeiten sollten private Unternehmen stärker eingebunden werden.
- Bessere Abstimmung der Förderungen und Maßnahmen zwischen den verschiedenen Akteuren.
- Südtirol soll in seinen Kernkompetenzen zum führenden Forschungsstandort entwickelt werden. Dafür braucht es größere Fördersummen für Forschung und Entwicklung und die Innovationsfelder.
- Bürokratische Hindernisse, die den Zugang zu F&E-Geldern erschweren, müssen hingegen eliminiert werden.
- Die Verwaltungsverfahren der Wirtschaft sollen digitalisiert und zwischen der Handelskammer, der Landesverwaltung und den Gemeinden zusammengeführt werden.
- Der Einheitsschalter für gewerbliche Tätigkeiten (SUAP) funktioniert bereits sehr gut. Man sollte sich jetzt zum Ziel setzen, alle Verwaltungsverfahren, welche Unternehmen betreffen und die noch nicht in den SUAP aufgenommen wurden, zu vereinfachen, um diese online abwickeln zu können.
- Erhebung aller Kontrollen in den Betrieben auf Landesebene und Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Vereinfachung dieser Kontrollen.
- IDM Südtirol soll ihre Tätigkeiten im Bereich Marketing und Export in Abstimmung mit dem Bedarf der Unternehmen fortführen und ausbauen.
- Der NOI Technologiepark soll verstärkt angewandte Forschung und Innovation betreiben.

Verkehr und Mobilitätsförderung

	Anteil am Landeshaushalt	Ausgaben	Investitionsanteil
Verkehr und Mobilitätsförderung	6,00%	377.366.188 €	41,10%

Grundvoraussetzung von wirtschaftlicher Tätigkeit in der Peripherie ist die gute Erreichbarkeit aller Ortschaften. Deshalb sind in einem gebirgigen Land wie Südtirol in diesem Bereich hohe Investitionen erforderlich, was der Investitionsanteil von 41,1 Prozent deutlich zeigt. Die Ausgaben in diesem Aufgabenbereich haben sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert.

Vorschläge:

- Bei allen Investitionsprojekten ist auch eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen und sind Alternativlösungen zu untersuchen, die eventuell günstiger erstellt werden können. Die Folgekosten sind bei der Kosten-Nutzen-Analyse immer zu berücksichtigen.
- Der öffentliche Nahverkehr hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Es ist zu evaluieren, wie kapillar das ÖPNV-Netz auch in der Peripherie geführt werden soll.
- Der Kostendeckungsbeitrag durch die Fahrkarten soll an die EU-Norm angepasst werden.
- Die Ausschreibung und Vergabe der ÖPNV-Leistungen an private Unternehmen muss die Regel sein.
- Es braucht ein langfristiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept für Südtirol, das auf die internationalen, regionalen und lokalen/urbanen Bedürfnisse ausgerichtet ist und sowohl den Transport von Personen als auch Waren berücksichtigt.
- Die regionale Verkehrsinfrastruktur soll durch vermehrte Investitionen ausgebaut werden. Dies betrifft sowohl die urbanen Zentren als auch die Peripherie.
- Das regionale und überregionale Straßen- und Schienenverkehrsnetz ist kurz vor dem Erreichen der Kapazitätsgrenze. Hier gilt es wirtschaftliche und effiziente Lösungsvorschläge auszuarbeiten.
- Mit Subventionierungen können Anreize für eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene geschaffen werden (Stichwort ROLA).
- Durch den zunehmenden Verkehr auf Südtirols Straßen erscheint es notwendig, die Verringerung der Schadstoffemissionen und des CO₂- und NO_x-Ausstoßes durch Förderung von alternativen Antriebssystemen voranzutreiben.
- Doppelstöckige Züge auf den Pendlerstrecken könnten dem Problem der überfüllten Züge entgegenwirken und Anreiz bieten, auf dem Arbeitsweg vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel anstatt das eigene Fahrzeug zu nutzen.
- Es benötigt offene Datenbanken, in der alle öffentlichen Verkehrsmittel mit Fahrplänen in Echtzeit aufscheinen, damit diese von Apps genutzt werden können.